Forderungen der Schulbewegung MV • Bildung ist Zukunft e. V. zur Umsetzung der präventiven, integrativen Schule in Mecklenburg-Vorpommern

Die folgenden Forderungen müssen mit der Einführung der präventiven, integrativen Schule auf dem Weg zur Inklusion im Land Mecklenburg-Vorpommern zwingend umgesetzt werden:

1. Solange Mittel für Bildung unter Haushaltsvorbehalt stehen, ist keine ausreichende Investition für eine wirklich gelingende Umsetzung der Inklusion möglich. Eine kostenneutrale Einführung der Inklusion kann es nicht geben. Hier muss nachgebessert werden.
2. Nicht nur in den nächsten Jahren, sondern bereits jetzt fehlen Lehrkräfte im Grundschul- und Sonderpädagogikbereich. Dem muss mit einem sofortigen Einstellungskorridor für entsprechende Lehrkräfte entgegengewirkt werden.
3. In wenigen Jahren wird die jetzt in der Grundschule begonnene Integration auch in den weiterführenden Schulen angekommen sein. Somit muss die Sonderpädagogik auch für Lehrkräfte und anderes pädagogisches Personal in diesem Bereich zwingend Studien- und Ausbildungsinhalt sein.
4. Die Einführung und Umsetzung eines neuen Konzeptes und hier insbesondere einer komplett anderen gesellschaftlichen Haltung erfordert viel Lernbereitschaft und Zeit. Lehrkräfte, die sich dieser Herausforderung stellen, müssen Abminderungsstunden für ihre stark erhöhte Vorbereitungsarbeit, ihre eigene Lernzeit und den gemeinsamen Austausch im Teamteaching erhalten. Überforderte und gestresste Lehrkräfte wirken sich negativ auf die Klassenatmosphäre, die Lernmotivation aus.
5. Teamteaching ist ein wichtiger Faktor. Nicht nur dafür sind zwei Lehrkräfte pro Klasse oft erforderlich. Bei dem Blick über den Tellerrand in andere Schulen, andere Bundesländer oder Länder im internationalen Vergleich wird ersichtlich, dass es auch dort so gehandhabt wird. Als unabdingbare Voraussetzung muss jedoch ein Sonderpädagoge pro Schule mit Personenstetigkeit festgeschrieben werden.
6. Schon im Grundschulbereich nimmt der Anteil von Kindern mit Verhaltensauffälligkeiten zu. Dies betrifft in großem Maße auch den bisherigen Förderschulbereich. Um diesem gestiegenen Anspruch entsprechend zu begegnen, muss mindesten ein Schulsozialarbeiter an jeder Schule ansässig sein. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Forderung der Sozialministerin in der Pressemitteilung vom 01. April, den Einsatz von Schulsozialarbeitern, auch über das Jahr 2013 hinaus, zu sichern.
7. Schule muss vom Kinde aus gedacht werden. Vergleiche an Hand des Normalitätskonstruktes dienen nur unserer Beruhigung, nicht der Entwicklung der Kinder. Eine Negative Motivationswirkung wie sie durch Curriculumbasierte Messungen (CBM) verursacht wird, sollte vermieden werden. In diesem Zusammenhang muss auch über die Vergabe von Noten nachgedacht werden.